

BVTE | Georgenstraße 25 | 10117 Berlin

| Georgenstraße 25
10117 Berlin
T +49 30 88 66 36-0
info@bvte.de
www.bvte.de

Berlin, 21.09.2026

Geplante Erhöhung der Tabaksteuer: Wirtschaftliche Folgen für Handel, Beschäftigung und Steueraufkommen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Bundesregierung plant zum 1. Januar 2027 eine deutliche Erhöhung der Tabaksteuer. Auf Basis der derzeitigen Planungen würde der durchschnittliche Preis einer Schachtel Zigaretten von heute rund 7,80 Euro auf etwa 9,10 Euro im kommenden Jahr und rund 11,78 Euro im Jahr 2030 steigen. Das entspricht einem Preisanstieg von rund 50 Prozent.¹

Dieser Steuerschock stellt für Konsumentinnen und Konsumenten in angespannten Zeiten eine weitere extreme finanzielle Belastung dar, ohne positive fiskalische oder gesundheitspolitische Wirkung. Im Gegenteil werden geplante Steuereinnahmen wegbrechen, der legale Handel geschwächt und der Schwarzmarkt in Deutschland gestärkt. Die Rechnung geht nicht auf.

Bereits frühere Erhöhungen der Tabaksteuer sollten den Haushalt sanieren – das Gegenteil trat ein. Die beiliegenden Presseberichte aus jener Zeit dokumentieren, wie die erhofften Mehreinnahmen ausblieben, während Schwarzmarkt und Schmuggel florierten. Die Rechnung ging schon damals nicht auf.

Als Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft wissen Sie um die Bedeutung einer funktionierenden Nahversorgung und verlässlicher, legaler Lieferketten – gerade im ländlichen Raum. Eine massive Steuererhöhung treibt Konsumenten in unregulierte Kanäle, schwächt den örtlichen Einzelhandel und untergräbt Verbraucher- wie Jugendschutz, weil illegale Ware keinerlei Kontrolle unterliegt.

¹ Berechnung auf Grundlage der Formulierungshilfe des Bundesministeriums der Finanzen zum Tabaksteueränderungsgesetz.



Deshalb bitten wir Sie, gemeinsam mit den Unternehmen British American Tobacco (Industrie) GmbH, JT International Germany GmbH, Philip Morris GmbH und Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH sowie mit dem Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e.V. (BDTA) und dem Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e.V. (BTWE): Werben Sie in Ihrer Fraktion für mehr Realismus, für eine Tabaksteuer mit Augenmaß. Einer konstruktiven Ausgestaltung der Tabaksteuer stellen wir uns keinesfalls entgegen.

Das weitere Verfahren ist eng getaktet. Eine Positionierung des Bundestages ist deshalb jetzt besonders relevant.

In der beiliegenden Umlaufmappe finden Sie neben den historischen Belegen eine „Quittung“ mit QR-Code, der Sie direkt zu weiterführenden Fakten und Hintergründen auf tabaksteuer-mit-auge.nmass.de führt. Gerne erläutern wir Ihnen unseren Vorschlag für moderate, planbare Erhöhungsschritte in einem persönlichen Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Mücke
Hauptgeschäftsführer

Registrierte Interessenvertretung Nr. R001924 (LobbyRG)

BVTE | Georgenstraße 25 | 10117 Berlin

| Georgenstraße 25
10117 Berlin
T +49 30 88 66 36-0
info@bvte.de
www.bvte.de

Berlin, 21.09.2026

Geplante Erhöhung der Tabaksteuer: Wirtschaftliche Folgen für Handel, Beschäftigung und Steueraufkommen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Bundesregierung plant zum 1. Januar 2027 eine deutliche Erhöhung der Tabaksteuer. Auf Basis der derzeitigen Planungen würde der durchschnittliche Preis einer Schachtel Zigaretten von heute rund 7,80 Euro auf etwa 9,10 Euro im kommenden Jahr und rund 11,78 Euro im Jahr 2030 steigen. Das entspricht einem Preisanstieg von rund 50 Prozent.¹

Dieser Steuerschock stellt für Konsumentinnen und Konsumenten in angespannten Zeiten eine weitere extreme finanzielle Belastung dar, ohne positive fiskalische oder gesundheitspolitische Wirkung. Im Gegenteil werden geplante Steuereinnahmen wegbrechen, der legale Handel geschwächt und der Schwarzmarkt in Deutschland gestärkt. Die Rechnung geht nicht auf.

Bereits frühere Erhöhungen der Tabaksteuer sollten den Haushalt sanieren – das Gegenteil trat ein. Die beiliegenden Presseberichte aus jener Zeit dokumentieren, wie die erhofften Mehreinnahmen ausblieben, während Schwarzmarkt und Schmuggel florierten. Die Rechnung ging schon damals nicht auf.

Als Mitglied des Finanzausschusses kennen Sie die Mechanik hinter den Erwartungen: Kalkuliert werden Milliarden an Mehreinnahmen – tatsächlich drohen Steuerausfälle. Denn je höher der Preis, desto stärker weichen Konsumentinnen und Konsumenten auf Schwarzmarkt, Fälschungen und grenzüberschreitenden Einkauf aus. Die erhoffte Einnahmequelle versiegt, bevor sie sprudelt. Die Rechnung geht schlicht nicht auf.

¹ Berechnung auf Grundlage der Formulierungshilfe des Bundesministeriums der Finanzen zum Tabaksteueränderungsgesetz.



Deshalb bitten wir Sie, gemeinsam mit den Unternehmen British American Tobacco (Industrie) GmbH, JT International Germany GmbH, Philip Morris GmbH und Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH sowie mit dem Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e.V. (BDTA) und dem Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e.V. (BTWE): Werben Sie in Ihrer Fraktion für mehr Realismus, für eine Tabaksteuer mit Augenmaß. Einer konstruktiven Ausgestaltung der Tabaksteuer stellen wir uns keinesfalls entgegen.

Das weitere Verfahren ist eng getaktet. Eine Positionierung des Bundestages ist deshalb jetzt besonders relevant.

In der beiliegenden Umlaufmappe finden Sie neben den historischen Belegen eine „Quittung“ mit QR-Code, der Sie direkt zu weiterführenden Fakten und Hintergründen auf tabaksteuer-mit-auge.nmass.de führt. Gerne erläutern wir Ihnen unseren Vorschlag für moderate, planbare Erhöhungsschritte in einem persönlichen Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Mücke
Hauptgeschäftsführer

Registrierte Interessenvertretung Nr. R001924 (LobbyRG)

BVTE | Georgenstraße 25 | 10117 Berlin

Deutscher Bundestag
Herrn Peter Aumer, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

| Georgenstraße 25
10117 Berlin
T +49 30 88 66 36-0
info@bvte.de
www.bvte.de

Berlin, 21.09.2026

Geplante Erhöhung der Tabaksteuer: Wirtschaftliche Folgen für Handel, Beschäftigung und Steueraufkommen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Bundesregierung plant zum 1. Januar 2027 eine deutliche Erhöhung der Tabaksteuer. Auf Basis der derzeitigen Planungen würde der durchschnittliche Preis einer Schachtel Zigaretten von heute rund 7,80 Euro auf etwa 9,10 Euro im kommenden Jahr und rund 11,78 Euro im Jahr 2030 steigen. Das entspricht einem Preisanstieg von rund 50 Prozent.¹

Dieser Steuerschock stellt für Konsumentinnen und Konsumenten in angespannten Zeiten eine weitere extreme finanzielle Belastung dar, ohne positive fiskalische oder gesundheitspolitische Wirkung. Im Gegenteil werden geplante Steuereinnahmen wegbrechen, der legale Handel geschwächt und der Schwarzmarkt in Deutschland gestärkt. Die Rechnung geht nicht auf.

Bereits frühere Erhöhungen der Tabaksteuer sollten den Haushalt sanieren – das Gegenteil trat ein. Die beiliegenden Presseberichte aus jener Zeit dokumentieren, wie die erhofften Mehreinnahmen ausblieben, während Schwarzmarkt und Schmuggel florierten. Die Rechnung ging schon damals nicht auf.

Als Mitglied des Haushaltsausschusses tragen Sie Verantwortung für belastbare Zahlen. Die veranschlagten Mehreinnahmen aus einer höheren Tabaksteuer sind eine Luftburchung: Wandern legale Verkäufe in den Schwarzmarkt ab, fehlt am Ende Geld im Bundeshaushalt – ohne dass eine tragfähige Gegenfinanzierung bestünde. Wer solide haushaltet, sollte sich auf realistische Annahmen stützen.

¹ Berechnung auf Grundlage der Formulierungshilfe des Bundesministeriums der Finanzen zum Tabaksteueränderungsgesetz.



Deshalb bitten wir Sie, gemeinsam mit den Unternehmen British American Tobacco (Industrie) GmbH, JT International Germany GmbH, Philip Morris GmbH und Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH sowie mit dem Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e.V. (BDTA) und dem Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e.V. (BTWE): Werben Sie in Ihrer Fraktion für mehr Realismus, für eine Tabaksteuer mit Augenmaß. Einer konstruktiven Ausgestaltung der Tabaksteuer stellen wir uns keinesfalls entgegen.

Das weitere Verfahren ist eng getaktet. Eine Positionierung des Bundestages ist deshalb jetzt besonders relevant.

In der beiliegenden Umlaufmappe finden Sie neben den historischen Belegen eine „Quittung“ mit QR-Code, der Sie direkt zu weiterführenden Fakten und Hintergründen auf tabaksteuer-mit-auge.nmass.de führt. Gerne erläutern wir Ihnen unseren Vorschlag für moderate, planbare Erhöhungsschritte in einem persönlichen Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Mücke
Hauptgeschäftsführer

Registrierte Interessenvertretung Nr. R001924 (LobbyRG)

BVTE | Georgenstraße 25 | 10117 Berlin

| Georgenstraße 25
10117 Berlin
T +49 30 88 66 36-0
info@bvte.de
www.bvte.de

Berlin, 21.09.2026

Geplante Erhöhung der Tabaksteuer: Wirtschaftliche Folgen für Handel, Beschäftigung und Steueraufkommen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Bundesregierung plant zum 1. Januar 2027 eine deutliche Erhöhung der Tabaksteuer. Auf Basis der derzeitigen Planungen würde der durchschnittliche Preis einer Schachtel Zigaretten von heute rund 7,80 Euro auf etwa 9,10 Euro im kommenden Jahr und rund 11,78 Euro im Jahr 2030 steigen. Das entspricht einem Preisanstieg von rund 50 Prozent.¹

Dieser Steuerschock stellt für Konsumentinnen und Konsumenten in angespannten Zeiten eine weitere extreme finanzielle Belastung dar, ohne positive fiskalische oder gesundheitspolitische Wirkung. Im Gegenteil werden geplante Steuereinnahmen wegbrechen, der legale Handel geschwächt und der Schwarzmarkt in Deutschland gestärkt. Die Rechnung geht nicht auf.

Bereits frühere Erhöhungen der Tabaksteuer sollten den Haushalt sanieren – das Gegenteil trat ein. Die beiliegenden Presseberichte aus jener Zeit dokumentieren, wie die erhofften Mehreinnahmen ausblieben, während Schwarzmarkt und Schmuggel florierten. Die Rechnung ging schon damals nicht auf.

Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses wissen Sie: Die Zeche zahlt am Ende der ehrliche Handel. Tausende mittelständische Betriebe – vom Fachhändler über den Kiosk bis zur inhabergeführten Tankstelle – geraten unter Druck, wenn legale Ware in den Schwarzmarkt abwandert. Das gilt gleichermaßen für die vielen Betriebe in der Wertschöpfungs- und Lieferkette. Arbeitsplätze und wirtschaftliche Existenzen stehen auf

¹ Berechnung auf Grundlage der Formulierungshilfe des Bundesministeriums der Finanzen zum Tabaksteueränderungsgesetz.



dem Spiel, während illegale Anbieter profitieren. Eine massive Steuererhöhung schwächt genau die Strukturen, die vor Ort für Wertschöpfung und Beschäftigung sorgen.

Deshalb bitten wir Sie, gemeinsam mit den Unternehmen British American Tobacco (Industrie) GmbH, JT International Germany GmbH, Philip Morris GmbH und Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH sowie mit dem Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e.V. (BDTA) und dem Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e.V. (BTWE): Werben Sie in Ihrer Fraktion für mehr Realismus, für eine Tabaksteuer mit Augenmaß. Einer konstruktiven Ausgestaltung der Tabaksteuer stellen wir uns keinesfalls entgegen.

Das weitere Verfahren ist eng getaktet. Eine Positionierung des Bundestages ist deshalb jetzt besonders relevant.

In der beiliegenden Umlaufmappe finden Sie neben den historischen Belegen eine „Quittung“ mit QR-Code, der Sie direkt zu weiterführenden Fakten und Hintergründen auf tabaksteuer-mit-auge.nmass.de führt. Gerne erläutern wir Ihnen unseren Vorschlag für moderate, planbare Erhöhungsschritte in einem persönlichen Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Mücke
Hauptgeschäftsführer

Registrierte Interessenvertretung Nr. R001924 (LobbyRG)

BVTE | Georgenstraße 25 | 10117 Berlin

| Georgenstraße 25
10117 Berlin
T +49 30 88 66 36-0
info@bvte.de
www.bvte.de

Berlin, 21.09.2026

Geplante Erhöhung der Tabaksteuer: Wirtschaftliche Folgen für Handel, Beschäftigung und Steueraufkommen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Bundesregierung plant zum 1. Januar 2027 eine deutliche Erhöhung der Tabaksteuer. Auf Basis der derzeitigen Planungen würde der durchschnittliche Preis einer Schachtel Zigaretten von heute rund 7,80 Euro auf etwa 9,10 Euro im kommenden Jahr und rund 11,78 Euro im Jahr 2030 steigen. Das entspricht einem Preisanstieg von rund 50 Prozent.¹

Dieser Steuerschock stellt für Konsumentinnen und Konsumenten in angespannten Zeiten eine weitere extreme finanzielle Belastung dar, ohne positive fiskalische oder gesundheitspolitische Wirkung. Im Gegenteil werden geplante Steuereinnahmen wegbrechen, der legale Handel geschwächt und der Schwarzmarkt in Deutschland gestärkt. Die Rechnung geht nicht auf.

Bereits frühere Erhöhungen der Tabaksteuer sollten den Haushalt sanieren – das Gegenteil trat ein. Die beiliegenden Presseberichte aus jener Zeit dokumentieren, wie die erhofften Mehreinnahmen ausblieben, während Schwarzmarkt und Schmuggel florierten. Die Rechnung ging schon damals nicht auf.

Als Mitglied des Innenausschusses haben Sie die Sicherheitslage im Blick. Eine drastische Steuererhöhung ist ein Konjunkturprogramm für die organisierte Kriminalität: Schmuggel, Produktfälschung und illegaler Handel nehmen zu, kriminelle Netzwerke verdienen mit. Die Folgen – höhere Kriminalitätsrisiken und zusätzliche Belastungen für Polizei und Zoll – tragen Länder und Kommunen vor Ort.

¹ Berechnung auf Grundlage der Formulierungshilfe des Bundesministeriums der Finanzen zum Tabaksteueränderungsgesetz.



Deshalb bitten wir Sie, gemeinsam mit den Unternehmen British American Tobacco (Industrie) GmbH, JT International Germany GmbH, Philip Morris GmbH und Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH sowie mit dem Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e.V. (BDTA) und dem Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e.V. (BTWE): Werben Sie in Ihrer Fraktion für mehr Realismus, für eine Tabaksteuer mit Augenmaß. Einer konstruktiven Ausgestaltung der Tabaksteuer stellen wir uns keinesfalls entgegen.

Das weitere Verfahren ist eng getaktet. Eine Positionierung des Bundestages ist deshalb jetzt besonders relevant.

In der beiliegenden Umlaufmappe finden Sie neben den historischen Belegen eine „Quittung“ mit QR-Code, der Sie direkt zu weiterführenden Fakten und Hintergründen auf tabaksteuer-mit-auge.nmass.de führt. Gerne erläutern wir Ihnen unseren Vorschlag für moderate, planbare Erhöhungsschritte in einem persönlichen Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Mücke
Hauptgeschäftsführer

Registrierte Interessenvertretung Nr. R001924 (LobbyRG)